

VR International

AUSLANDSGESCHÄFT. EINFACH MACHEN!



USA-Schwerpunktausgabe

4

FÖRDERDATENBANK
ENTWICKLUNGSLÄNDER

5

SERIE „PRAXISWISSEN
AUSLANDSGESCHÄFT“

11

LATEINAMERIKA HAT,
WAS EUROPA BRAUCHT

Trump 2.0 – Zeitenwende in der Weltwirtschaft

Seit Donald Trump wieder im Weißen Haus sitzt, beherrscht er die Schlagzeilen. Mit seinen Zolldrohungen sorgt er in vielen Ländern für Furcht und mit seinen oft ungewöhnlichen Ideen, wie den Gaza-Streifen zu übernehmen oder Grönland zu kaufen, international für Verwirrung. Wie sich das einst enge Verhältnis zwischen Europa und den Vereinigten Staaten entwickeln wird oder welche Ansprüche der US-Präsident noch geltend machen wird, weiß heute niemand genau. Sicher ist aber, dass sich die Welt und der internationale Handel in den kommenden vier Jahren verändern werden.

Für Europa kommt der amerikanische Richtungswechsel zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt. Deutschland – einst der wirtschaftliche Vorreiter in der EU – kommt aus seiner Rezession bisher nicht heraus und ist politisch im Umbruch. Einen Handelskrieg kann die neue Bundesregierung ganz und gar nicht gebrauchen.

Deutschland ist stärker als fast jedes andere Land auf den Außenhandel angewiesen. Jeder vierte Job hängt am Export, in der Industrie sogar jeder zweite. Rund 300.000 Arbeitsplätze sind direkt vom Handel mit den USA abhängig.

Der DIHK fordert die neue Bundesregierung auf, mit der EU-Kommission auf Deeskalation hinzuwirken und zugleich die heimische Wirtschaft zu stärken. „Jetzt zählt entschlossenes Handeln, Europa darf nicht abwarten“, so Melanie Vogelbach, DIHK-Bereichsleiterin für Internationale Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaftsrecht. „Ein Handelskrieg wäre fatal – für beide Seiten.“

Mit dieser Schwerpunktausgabe beleuchten wir die aktuelle US-Entwicklung. Lesen Sie auch den Ländersteckbrief USA (ab Seite 6) und das „Interview des Monats“ (Seite 10).

Anders als während Trumps erster Amtszeit ist Europa besser vorbereitet. „Unrechtmäßige Zölle zulasten der EU werden nicht unbeantwortet bleiben – sie werden entschiedene und verhältnismäßige Gegenmaßnahmen nach sich ziehen“, erklärte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen postwendend nach den ersten Ankündigungen von Trump.

Verhandeln statt eskalieren

Statt zu eskalieren, will die EU aber lieber verhandeln – schließlich hat der US-Präsident ein extremes Bedürfnis nach „guten Deals“. André Wolf, Ökonom beim Centrum für Europäische Politik (cep), empfiehlt deshalb: „Die europäische Handelspolitik darf in einem zunehmend unsicheren geoökonomischen Umfeld nicht selbst unbe-rechenbar werden. Um ihre wirtschaftliche Erpressbarkeit zu verringern, muss die EU auf einen Zweiklang aus Wehrhaftigkeit und Verlässlichkeit setzen. Dazu sollte sie einen Leitfaden für den regelbasierten und abgestimmten Einsatz von Maßnahmen wie Schutzzöllen entwickeln.“

Auf Trumps ersten Streich, 25 % Zölle auf Stahl und Aluminium zu erheben, reagierte Dr. Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), noch relativ gelassen, da die Ankündigungen nicht überraschend kamen. Auch der frühere Chef des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Gabriel Felbermayr, unterstreicht:

„Es ist unschön für unsere Volkswirtschaften, aber nicht verheerend.“ So gelassen sind die Politiker dagegen nicht: „Die EU sieht keine Rechtfertigung für die Verhängung von Zöllen auf ihre Exporte“, teilte die EU-Kommission in Brüssel mit.

„Wir werden handeln, um die Interessen europäischer Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher vor ungerechtfertigten Maßnahmen zu schützen. Können wir keine Einigung erreichen, gibt es Gegenzölle“, hatte der Vorsitzende des Handelsausschusses des EU-Parlaments, Bernd Lange, schon im Februar angekündigt.

Für BGA-Präsident Jandura ist es wichtig, sich nicht einschüchtern zu lassen. „Uns muss klar sein, dass wir erst am Anfang einer Reihe von handelspolitischen Maßnahmen stehen. So hat Trump Zölle zum Kernstück seiner Bemühungen gemacht, die US-Wirtschaft umzugestalten, das Handelsdefizit zu verringern und neue Einnahmequellen zu erschließen, um seine Steueragenda umzusetzen. Es wird nun darauf ankommen, wie Europa und andere Nationen reagieren werden.“

Produktionsverlagerungen denkbar

Fatal wäre aus seiner Sicht aber eine „Auge um Auge, Zahn um Zahn“-Reaktion. „So etwas würde den Welthandel massiv schwächen und für alle massive Wohlstandsverluste zur Folge haben“, so der Außenhandelspräsident. Jandura befürchtet, dass für einige Unternehmen

eine Produktionsverlagerung die einzige Möglichkeit darstellen könnte, um weiterhin auf dem US-Markt wettbewerbsfähig zu bleiben. „Besonders gefährdet sind die derzeit rund 200 deutschen Firmen, die aus Mexiko oder Kanada den US-Markt beliefern.“

Energiekosten wichtiger Faktor

Der DIHK sieht die Gefahr, dass Unternehmen zunehmend in die USA abwandern, anstatt hier in Deutschland zu investieren: nicht nur wegen der drohenden Zölle. Donald Trump lockt auch mit staatlichen Investitionsanreizen. „Besonders der Mittelstand prüft verstärkt US-Standorte – planbare und oft günstigere Energiekosten sind ein zentraler Faktor“, erklärt Melanie Vogelbach.

Laut einer Sonderauswertung des AHK World Business Outlook sind die Geschäftserwartungen deutscher Unternehmen in den USA recht stabil. Demnach erwarten 38 Prozent dieser Betriebe in den nächsten zwölf Monaten eine bessere Konjunkturerwartung vor Ort. Im Frühjahr 2024 hatten dies mit 56 Prozent zwar noch deutlich mehr der US-aktiven Unternehmen angegeben, dennoch sind die Konjunkturerwartungen in den Vereinigten Staaten weiterhin optimistischer als im Durchschnitt der letzten Jahre und deutlich positiver als weltweit, wo nur 27 Prozent eine bessere Konjunkturerwartung erwarten.

Online-Tipp: „USA nach den Wahlen – Trump 2.0“

Auch in diesem Jahr gibt es wieder die beliebte Online-Veranstaltung der DZ BANK „VR International – In 80 Minuten um die Welt“. Die erste Veranstaltung findet am 13. März statt. Das Thema lautet dann „USA nach den Wahlen – Trump 2.0“.

Rund zwei Monate nach Trumps Amtseinführung werden in diesem Webinar die bereits umgesetzten sowie die geplanten wirtschaftspolitischen Maßnahmen und deren Auswirkungen auf deutsche Unternehmen analysiert.

Alexander Buhrow, DZ BANK Research Makroökonomik, analysiert die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von Trumps Agenda auf Wachstum, In-

flation und Arbeitslosigkeit in den USA. Ferner geht er auf die Handelsbeziehung zu Deutschland ein.

Alexander Dickhoff, German Desk in der DZ BANK New York, ist seit 8 Jahren in den USA tätig. In seiner Funktion als erster Ansprechpartner für in Amerika tätige deutsche Unternehmen teilt er seine Erfahrungen, wie diese auf die wirtschaftspolitischen Veränderungen reagieren.

Nicolai Decker, Partner von Rödl & Partner USA, betreut vom Standort New York aus seit mehr als einer Dekade deutsche Unternehmen, die den Markteintritt in die USA planen oder ihre Präsenz hier ausbauen.

Die Analyse von steuerlichen Aspekten auf die Investitionsentscheidung stellt einen nicht unwesentlichen Teil seiner Beratungstätigkeit dar.

Bitte nutzen Sie bei Interesse diesen Anmeldelink:

<https://80minuten-13-03-2025.events.dzbank.de/?t=vrinternational>



Verbietet die WTO nicht Strafzölle?

Die Welthandelsorganisation (WTO) mit ihren 166 Mitgliedsländern ist keine „Behörde“, die über die Rechtmäßigkeit von Zöllen wacht. Vielmehr machen WTO-Mitglieder bei ihrem Beitritt Zusagen. In der WTO gilt das Prinzip der Meistbegünstigung. Das heißt, dass ein Zollsatz, der einem anderen Land gewährt wird, auch allen anderen zusteht. Ausnahmen gelten etwa bei Freihandelsabkommen oder für Entwicklungsländer. Kurz gesagt ist das Ziel der WTO der Abbau von allem, was den freien Handel zwischen Nationen stören könnte, also genau das Gegenteil von dem Protektionismus, den Trump sich wünscht.

Hoher EU-Handelsüberschuss

US-Präsident Donald Trump ist der Handelsüberschuss zwischen Europa und den USA ein Dorn im Auge. Vor allem Deutschland exportiert wesentlich mehr in die Vereinigten Staaten als umgekehrt. Die Vereinigten Staaten sind zum größten Abnehmer von Waren „Made in Germany“ geworden. Daten zu einzelnen Wirtschaftspartnern liegen für das Gesamtjahr 2024 noch nicht vor. In den ersten neun Monaten ist die US-amerikanische Leistungsbilanz jedoch allein gegenüber der Europäischen Union mit knapp 130 Milliarden Euro negativ, davon entfallen 75 Milliarden Euro allein auf Deutschland.

China klagt gegen Zölle

China versucht, sich gegen die Zollerhöhungen aus den USA mit einer Klage bei der Welthandelsorganisation (WTO) zu wehren. In Genf wird nun geprüft, ob die Erhöhung der Zölle WTO-konform ist. Es ist ein langwieriges Verfahren, das mehrere Monate dauern kann. Befinden die Streitschlichter zugunsten Chinas, kann Peking nach den WTO-Regeln selbst Zölle in dem Umfang erheben, in dem es Schaden durch die US-Zölle erlitten hat. Auch die USA haben sich schon oft an die von Donald Trump so verachtete Institution gewendet und unter anderem beim Handel mit Geflügel, Stahl, Autos und Seltenen Erden gegen China Erfolge verbucht.

**News inside: DZ BANK German Desk New York**

Die Entsendung von Fachkräften aus Deutschland in die USA: Trends, Herausforderungen und Tipps

Der Fachkräftemangel bleibt ein zentrales Thema für deutsche Unternehmen in den USA. Laut der German American Business Outlook (GABO) 2024 haben über 80 % der Unternehmen Schwierigkeiten, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden. Daher setzen viele auf die Entsendung von Fachkräften aus Deutschland. Doch steigende Kosten und mögliche politische Veränderungen unter der Trump-Administration erschweren den Prozess. Eine frühzeitige und vorausschauende Planung ist entscheidend.

Frage: Welche aktuellen Trends oder Veränderungen gibt es bei der Entsendung von Fachkräften aus Deutschland in die USA?

Hilde Holland: Momentan sehen wir noch keine Änderungen bei der Entsendung von Fachkräften. Es wird sich zeigen, ob die neue Regierung Änderungen vorschreiben wird. Für die Entsendung kommen meist nur E1/E2 oder L-1 Visa in Frage. Für die E1/E2 Variante muss sich der US-Arbeitgeber erst einmal als Treaty Trader/Investor beim U.S. Konsulat in Frankfurt anmelden. Für Firmen, die keine Blanket-L-Petition haben, kann ein L-1, das bei der Einwanderungsbehörde eingereicht

wird, recht schwierig und teuer werden, insbesondere für ‚Spezialisten‘.

Frage: Was sind die häufigsten Herausforderungen, mit denen deutsche Unternehmen bei der Beantragung eines Visums konfrontiert sind?

Hilde Holland: Die größte Herausforderung ist meiner Meinung nach die Ausbildung und Arbeitserfahrung des Antragstellers. Je höher geschult und je mehr Arbeitserfahrung, desto besser. Leider kennt man in den USA die sogenannte deutsche Lehre nicht, und in manchen Petitionen hat dies eine klare Auswirkung. Wir haben immer wieder Mandanten, die händeringend Spezialisten suchen, aber keine geeigneten US-Bürger für die angebotenen Positionen finden können, oft aufgrund der fehlenden Ausbildung und Kenntnisse. Auch gibt es eine große Lobby, die verbreitet, dass zu viele L-1 Visahalter in die USA gebracht werden, die den US-Arbeitnehmern die Stellen wegnehmen. Daher ist es recht schwer, einen L-1B Antrag für einen ausländischen Spezialisten zu beantragen, wenn dieser nicht erhebliche Spezialkenntnisse besitzt.“

Interview mit ...**Hilde Holland**

Rechtsanwältin und Partnerin bei
Wuersch & Gering LLP

hilde.holland@wg-law.com

Frage: Welche Tipps würden Sie deutschen Unternehmen geben, die über eine Entsendung von Mitarbeitern in die USA nachdenken?

Hilde Holland: Ganz klar, planen Sie früh, da die Antragstellung unter Umständen einige Monate dauert. Für die E1/E2 Visa sollte eine Registrierung so früh wie möglich eingereicht werden. Diese ist dann in Frankfurt für fünf Jahre wirksam, unter der dann Visaanträge recht schnell eingelegt werden können. Für das L-1 Visum schlagen wir immer die Einreichung einer Blanket-L-Petition vor, sollte der US-Arbeitgeber die Auflagen dafür erfüllen. Sobald eine solche erteilt ist, können die Antragsteller direkt im US-Konsulat das Visum beantragen. Das spart sehr viel Zeit und Geld, da die USCIS Petitionen seit April 2024 sehr teuer geworden sind.“

Neue Förderdatenbank Entwicklungsländer

Die Förderdatenbank Entwicklungsländer der Agentur für Wirtschaft & Entwicklung gibt interessierten Unternehmen einen Überblick über deutsche, europäische und multilaterale Förder- und Finanzierungsinstrumente für Engagements in Entwicklungsländern.

Wer ein Projekt in einem Entwicklungsland plant, kann auf zahlreiche Förderprogramme und Finanzierungslösungen zugreifen. Die neue Förderdatenbank bietet eine intuitive, strukturierte Über-

sicht, die es ermöglicht, schnell und zielgerichtet das passende Angebot zu finden. Wenige Angaben genügen, um Fördermöglichkeiten zu identifizieren, die optimal zum geplanten Vorhaben passen.

In einer kompakten Listenansicht sehen Interessenten alle Förderangebote, die zu ihren jeweiligen Angaben passen. Zu jedem Programm werden die wichtigsten Details wie Fördersumme, Branche oder Vertragslaufzeit direkt angezeigt, sodass

die passenden Optionen mit einem Blick verglichen werden können.



Weitere Informationen:
<https://wirtschaft-entwicklung.de>

Indien als Schlüsselpartner im Indo-Pazifik

Der jüngst veröffentlichte Bericht „Fokus auf Indien“ des Auswärtigen Amtes unterstreicht die Bedeutung Indiens als Diversifizierungsziel, das verbesserte Investitions- und Sicherheitsbedingungen bietet. Den vollständigen Bericht finden Sie auf der Internetseite des Auswärtigen Amtes.

Die Strategische Partnerschaft mit Indien feiert in diesem Jahr ihr 25-jähriges Jubiläum. Passend dazu will die Bundesregierung ihre Zusammenarbeit mit Indien umfassend auf die Zukunft ausrichten.

Gegenüber Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Gesellschaft sowie unter den Bundesländern möchte die Bundesregierung damit zu einer stärkeren Wahrnehmung Indiens ermutigen, die der herausgehobenen Bedeutung des Landes entspricht.

Der „Fokus auf Indien“ deckt die gesamte Breite der bilateralen deutsch-indischen Beziehungen ab. Schwerpunkte liegen auf der Zusammenarbeit im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, der Entwicklungszusammenarbeit, dem Kli-

ma- und Umweltschutz, dem Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, der Vertiefung der Forschungs- und Wissenschaftskooperation sowie der Fachkräftegewinnung.



Weitere Informationen:
<https://www.auswaertiges-amt.de>

Außenwirtschaftstag Gesundheitswirtschaft

Am 8. April laden die German Health Alliance, der Industrieverband SPECTARIS und das Auswärtige Amt zusammen mit weiteren Organisationen der Gesundheitswirtschaft zum 10-jährigen Jubiläum des Außenwirtschaftstags für die Gesundheitswirtschaft und Labortechnik ins Auswärtige Amt in Berlin ein. Die Veranstaltung steht unter dem Motto: „Fit für den Weltmarkt – Trends, Geopolitik und Diversifizierung“.

Der Außenwirtschaftstag zeigt Perspektiven für die Branchen in zentralen Absatzmärkten auf. Alle zwei Jahre kommen auf dem Event die Medizin- und Labortechnik sowie die Pharmaindustrie mit den Außenwirtschaftsvertretern der Bundesregierung zusammen.

In den Regionalforen werden Ansätze zur Diversifizierung in Afrika, der MENA-Region, Indien und weiteren Zielmärkten diskutiert werden. In den Themenforen

stehen unter anderem Trends und Herausforderungen der Exportkontrolle, Global Health und Fragen der Resilienz und Geopolitik in der Gesundheitswirtschaft im Fokus.



Weitere Informationen:
<https://www.spectaris.de>

DZ BANK erneut zu einer der führenden Banken für Exportfinanzierungen gekürt

Bei der Exportfinanzierung spielt die DZ BANK unverändert in der ersten Liga mit. Auch im Jahr 2024 wurde die DZ BANK von TXF Media, dem international führenden Informations- und Datenanbieter für Exportfinanzierungen, mehrfach ausgezeichnet: für den „Europe Export Finance Deal of the Year“, den „Middle East Export Finance Deal of the Year“ sowie den „Rail Transport Deal of the Year“!

Serie Praxiswissen Auslandsgeschäft

„&“ bei L/C-Dokumenten – ein Dauerbrenner!

Sonderzeichen in Akkreditivdokumenten führen in der Praxis oftmals zu Diskussionen. Bei einem fehlenden oder falsch gesetzten „&“ ist doch aber klar, was gemeint ist, oder? – Mal so, mal so.

Die X GmbH & Co KG lieferte Maschinen gegen Akkreditiv nach Portugal. In der Warenbeschreibung des Akkreditivs wurde „CFR Hafen [Ort]“ angegeben, ohne dass ein Zusatz bezüglich einer Fassung der Incoterms erfolgte. Die vorgelegte Handelsrechnung wies unter dem Stückpreis und dem Betrag „C&F“ aus, wobei der benannte Ort an anderer Stelle in der Rechnung als Löschhafen und Bestimmungsort genannt wurde. Die Begünstigte wurde in der Handelsrechnung zutreffend als „X GmbH & Co KG“ bezeichnet, in dem Akkreditivtext jedoch mit „X GmbH Co KG“, also ohne „&“ bei dem Firmennamen. Die Akkreditivbank berief sich auf Abweichungen. Zu Recht?

Grundsatz der Dokumentenstrenge

Der Grundsatz der Dokumentenstrenge erfordert bei einem Dokumentenakkreditiv die Einreichung akkreditivkonformer Dokumente. Die Akkreditivbanken müssen die im Akkreditiv vorgeschriebenen Dokumente mit angemessener Sorgfalt prüfen, um festzustellen, ob sie ihrer äußeren Aufmachung nach einer konformen Dokumentenvorlage zu entsprechen scheinen. Diese Prüfung beschränkt sich auf die rein formelle Übereinstimmung der Dokumente mit den Akkreditivbedingungen, und zwar allein auf der Grundlage der Dokumente.

Selbst kleine Abweichungen, die unwesentlich erscheinen mögen, können dazu führen, dass der Begünstigte keine Sicherheit für die Zahlung des Kaufpreis-

anspruchs hat. Der Grundsatz der „strict compliance“ kann aber – auch nach Ansicht der ICC – in Einzelfällen durch den Grundsatz der „substantial compliance“ durchbrochen werden, der Abweichungen in den Dokumenten in einem engen Rahmen als Ausnahme erlaubt, ohne dass es dafür aber feststehende Kriterien gibt.

Wir setzen unsere Serie mit neuen Folgen fort!

Die Dokumente müssen den Akkreditivbedingung in Einzelfällen danach nur materiell, jedoch nicht im Sinne einer strengen Auslegung entsprechen. Die Prüfung von Dokumenten gehe – so ein bekanntes Zitat – über die strikte Einhaltung von Vorschriften hinaus und erfordere unter bestimmten Umständen ein auf Erfahrung beruhendes Urteilsvermögen. Ist das nun gut oder schlecht in dem Ausgangsfall?

„X für ein U“? – oder: Mit oder ohne „&“

Bezüglich der Rechnung ist zu bedenken, dass „CFR“ den Begriff „C&F“ in früheren Fassungen der Incoterms ersetzt hat, weil das „&“-Zeichen Probleme mit SWIFT/Telex-Nachrichten verursacht hatte. Weil es sich im Wesentlichen um denselben Begriff handelt, wird in der Praxis teilweise sogar immer noch die Abkürzung „C&F“ verwendet. In dem vorliegenden Fall kann man daher – im Ergebnis so auch die Auffassung der ICC – davon ausgehen, dass insoweit keine Abweichung vorliegt. Es kann als durchaus sachgerecht angesehen werden, unter Zugrundelegung einer „substantial compliance“ zu diesem Ergebnis zu kommen.

Ganz anders aber in einem Fall, den die internationale Rechtsprechung zu einem fehlenden „&“ in einer Firmenbezeichnung zu entscheiden hatte. In diesem hatte eine Akkreditivbank die Inanspruchnahme eines Akkreditivs zu-

rückgewiesen, weil der Begünstigte in der Handelsrechnung als „[X] & Co Limited“ und nicht wie in dem Akkreditiv als „[X] Co Limited“ bezeichnet wurde. Nach – zutreffender – Auffassung des damit befassten Gerichts liege bei einer nicht richtigen Namensangabe eine Abweichung vor, es sei denn, aus der Natur der Sache ergebe sich, dass es sich zweifelsfrei um einen Schreibfehler handle und sich das Dokument bei sachgemäßer Betrachtungsweise nicht auf eine andere Person beziehen könne, die nicht mit derjenigen identisch sei, die in dem Akkreditiv angegeben werde.

Um dies zu beurteilen, müsse die Bank nicht das Grundgeschäft bewerten. Bei einer falschen Schreibweise des Namens des Begünstigten liege kein offensichtlicher Tippfehler vor; die Bank könne sich nur durch Einsicht in das betreffende Gesellschaftsregister Klarheit verschaffen, was von ihr aber nicht verlangt werden könne. Nur Rechtschreib- oder Tippfehler, die keine Auswirkung auf die Bedeutung eines Worts oder eines Satzes haben, in dem sie sich befinden, stellen keine Abweichung dar. Der Name des Begünstigten muss jedoch genau angegeben werden, bei Zusätzen in Firmennamen können grundsätzlich keine Ausnahmen gemacht werden.

Fazit: Dasselbe Thema, zwei Beispiele, unterschiedliche Ergebnisse. Es kommt also auf den Einzelfall an.

Nutzen Sie die App „VR International“:

Zu vielen Fachbegriffen – zum Beispiel Akkreditiv, Inkasso, Garantien und Währungsabsicherung – gibt es informative Erklärvideos.



Autor

Klaus Vorpeil ist Rechtsanwalt bei Neussel KPA Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB Kaufmannshof 1 55120 Mainz Tel.: 06131 62 60 80 Vorpeil@neusselkpa.de www.neusselkpa.de



USA

Einst erbaut von Migranten aus aller Welt, steht die Freiheitsstatue symbolisch für die „Seele“ der US-Nation. Die neuen Amerikaner waren Pioniere, Eroberer und Bauherren. Angeleitet wurden sie von der mächtigsten Idee der Weltgeschichte: Alle Menschen sind gleich geschaffen. Doch diese Idee gerät unter dem neuen Präsidenten Donald Trump ins Wanken. Dieser verkündet den Anbruch eines „Goldenen Zeitalters“ für die USA – ein Land, das als globale Supermacht gilt. Trumps Lösungen sind in den Augen vieler Beobachter häufig populistisch und seine Ansichten, wie Gesellschaft und Wirtschaft interagieren, skurril.

Die neue US-Regierung wird verstärkt auf eine „America First“-Politik setzen – ganz im Sinne ihrer MAGA-Anhänger (kurz für: Make-America-Great-Again). Das zeigen auch die Auftritte von Vance in Paris und München. Für Europa ist dies eine Gelegenheit, die eigene Sicherheits- und Wirtschaftspolitik neu zu definieren und abweichende Interessen auch unabhängig von den USA zu verfolgen. Dessen ungeachtet markiert jedoch die Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus eine Ära der erhöhten Volatilität und Unsicherheit in der US-Politik.

Politische Lage

Es waren die US-Gründerväter, die ein System der „Checks and Balances“ schufen, und John Adams, der zweite Präsident der USA, der das Grundprinzip der Gewaltenteilung formulierte. Demnach

sollen Exekutive, Judikative und Legislative – Regierung, Justiz und Gesetzgeber – unabhängig voneinander sein. Die Vereinigten Staaten sind de jure ein Verfassungsstaat mit der Legislative (dem Repräsentantenhaus und dem Senat) als Machtzentrum. Dennoch gewährt die US-Verfassung ihrem Präsidenten einen größeren Handlungsspielraum als etwa das deutsche Grundgesetz dem Bundespräsidenten. Die USA sind schließlich eine „Präsidentielle Demokratie“. Tatsächlich gilt die US-Präsidentschaft heute als die einflussreichste politische Position der Welt.

Mit Beginn seiner zweiten Amtszeit hat Donald Trump eine deutlich gefestigtere Machtbasis als noch zu Beginn seiner ersten Präsidentschaft im Jahr 2017. Und mit dieser beginnt in den USA eine neue Phase des „Trumpismus.“ Trump genießt die vol-

le Unterstützung seiner Partei, die sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat, wenn auch mit knappem Vorsprung, die Mehrheit innehat. Bis zu den Zwischenwahlen 2026 kann er voraussichtlich bei allen wichtigen Entscheidungen mit der Zustimmung des Kongresses rechnen. Zusätzlich ist vom Supreme Court kaum Widerstand zu erwarten, da dort ebenfalls eine rechtskonservative Mehrheit vorherrscht. Im Zweifelsfall kann Trump – wie einige seiner Vorgänger – wichtige internationale Abmachungen zu nicht zustimmungspflichtigen „Regierungsvereinbarungen“ erklären.

Die politische Landschaft der USA ist von einer tiefen Kluft zwischen Demokraten und Republikanern gekennzeichnet – und dies nicht erst seit dem Sturm auf das Kapitol im Januar 2021. Dieser steht laut vielen Beobachtern beispielhaft dafür, wie der Respekt vor der Gewaltenteilung schwindet und die Bereitschaft zu überparteilichen Kompromissen stetig abnimmt. Schuld habe eine Polarisierung, die sich zu einer identitätsbasierten gesellschaftlichen Spaltung entwickelt hat. Es wird befürchtet, dass Trumps zweite Amtszeit die Aushöhlung demokratischer Institutionen beschleunigen könnte.



Die New York Stock Exchange (NYSE) ist die größte Wertpapierbörse der Welt. Die NYSE ist auch unter dem Namen „Wall Street“ bekannt, da sie an der gleichnamigen Straße in New York ansässig ist.

Die fünf größten Geschäftsbanken

JPMorgan Chase & Co.

Bank of America Corp.

Wells Fargo & Co.

Citigroup Inc.

U.S. Bancorp

Quelle: DZ BANK

Vermutlich wird sich der neue Präsident jedoch weniger auf die Feinheiten der Regierungsführung konzentrieren. In diesem Fall werden Vizepräsident J. D. Vance und Stabschefin Susie Wiles die Hauptverantwortung für die Umsetzung innenpolitischer Entscheidungen tragen. Als erste Frau in dieser Position wird Wiles dabei eine Schlüsselrolle zuteil. Ihre Aufgaben umfassen die Koordination der Regierungspolitik, die Priorisierung von Themen und die Kontrolle des Zugangs zum Präsidenten – und das Verhindern von Informationslecks.

Ferner werden noch weitere Akteure versuchen, im politischen Entscheidungsprozess mitzuwirken. In den USA öffnet Geld zahlreiche Türen – oder wie man auch sagt: „Money talks“. Den Umgang führender CEOs mit Trump bezeichnen manche Kritiker als „unverhohlenen Opportunismus“; andere befürchten sogar eine „Kleptokratie“ oder eine „Plutokratie“. So nimmt unter anderem Elon Musk, der reichste Mann der Welt, eine Schlüsselposition als Berater für Regierungsausgaben in der neuen US-Regierung ein. Musk hatte sich in den vergangenen Monaten ebenso wie andere führende Köpfe aus der Tech-Branche, darunter Mark Zuckerberg (Meta) und Jeff Bezos (Amazon), Trump sukzessive angenähert.

Wirtschaftsstruktur

Die Vereinigten Staaten sind die größte Volkswirtschaft der Welt und verfügen über eine hochdiversifizierte Wirtschaftsstruktur, die sich durch innovative Industriezweige und einem starken Dienstleistungssektor auszeichnet. Sie gehören zu den wichtigsten Akteuren in Schlüsselbranchen wie der Automobilindustrie, der Chemie, der Luft- und Raumfahrt sowie dem Maschinenbau. Der Industriesektor erlebte zuletzt unter Präsident Joe Biden einen deutlichen Aufschwung, insbesondere durch Investitionen in Halbleiterfabriken und Produktionsstätten für Elektrofahrzeuge.

Die USA bekleiden eine Spitzenposition als weltweiter Innovationsmotor im Technologiesektor – unter anderem in puncto Künstlicher Intelligenz. KI-Lösungen finden bereits verstärkt Anwendung im Handel, in der Industrie und in der Logistik, was zu signifikanten Produktivitätssteigerungen führt. Ferner hat US-Präsident Trump im Januar ein ambitioniertes KI-Infrastrukturvor-

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung (in Prozent)

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (real)	Inflationsrate (Jahresdurchschnitt)	Haushaltssaldo (BIP)
2022	2,5	8,0	-3,9
2023	2,9	4,1	-7,1
2024p	2,8	3,0	-7,6
2025p	2,2	1,9	-7,3

p = vorläufige Prognose

Quellen: Germany Trade & Invest (GTAI)

Entwicklungen in der Außenwirtschaft (in Mio. USD)

Jahr	Leistungsbilanzsaldo	Direktinvestitionen (netto)	Währungsreserven (inklusive Gold)
2020	-601.200	93.230	628.400
2021	-867.980	389.400	k.A.
2022	-1.012.100	332.400	706.600
2023	-905.400	310.900	773.400

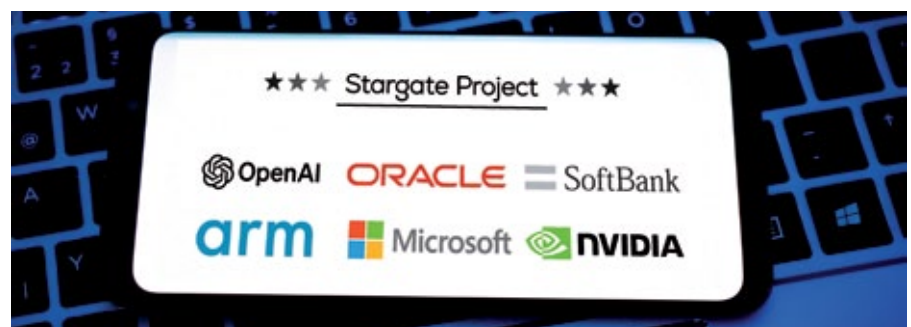
Quellen: Germany Trade & Invest (GTAI), Statista

haben namens „Stargate“ auf den Weg gebracht, welches in den kommenden Jahren Kapitalzuflüsse in Höhe von 500 Milliarden US-Dollar mobilisieren soll. Dieses könnte die KI-Vorherrschaft der USA nachhaltig zementieren, wenngleich – wie kurz darauf die chinesische KI namens „DeepSeek“ zeigte – massive Kapitalinvestitionen für die Entwicklung der besten Sprachmodelle nicht unabdingbar sind.

Was die aktuelle Arbeitsmarktstruktur betrifft, haben in den Vereinigten Staaten formale Abschlüsse über die Jahre hinweg an Bedeutung verloren. Firmen legen mittlerweile mehr Wert auf spezifische Fähigkeiten und Qualifikationen. Der US-Arbeitsmarkt zeichnet sich darüber hinaus durch eine hohe Fluktuation aus, insbesondere bei jungen Arbeitskräften. Es gibt einen starken Zuwachs in Bereichen mit typischen „White-Collar-Arbeitsplätzen“

wie etwa dem Gesundheitswesen und bei professionellen Dienstleistungen. Außerdem gelten die USA als Top-Reiseziel zum Arbeiten und Studieren. Es ist unklar, ob sich dieser Trend unter einer protektionistischen Politik fortsetzen wird.

Mit Beginn der zweiten Amtszeit Trumps zeigte sich ein Trend zur Reduzierung von DEI-Programmen (Diversity, Equity, Inclusion) in großen US-Unternehmen. Die Unternehmenslandschaft der USA wird von riesigen Konzernen dominiert, die verschiedene Wirtschaftssektoren – wie Einzelhandel, Gas und Öl, Technologie sowie Versicherungen – repräsentieren und einen erheblichen Einfluss auf den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft ausüben. Die größten börsennotierten Unternehmen in den USA (gemessen an der Marktkapitalisierung) sind Alphabet Inc. (Google), Apple, Amazon, Microsoft und Nvidia.



Im Rahmen des KI-Projekts Stargate wollen der ChatGPT-Entwickler OpenAI und große Technologie-Partner 500 Milliarden US-Dollar in neue Rechenzentren für Künstliche Intelligenz stecken.

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit den USA (in Mio. EUR)

Jahr	Deutsche Ausfuhr	Deutsche Einfuhr	Saldo
2020	103.476	67.694	35.782
2021	122.000	72.300	49.700
2022	156.200	93.300	62.900
2023	157.900	94.600	63.300

Quellen: Germany Trade & Invest (GTAI)

Abschließend ist noch Hollywood, das dominierende Produktionszentrum der Unterhaltungsindustrie, zu erwähnen – ein weltweiter Botschafter US-amerikanischer Kulturdominanz.

Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik

In den Vereinigten Staaten leben aktuell rund 345 Millionen Menschen. Die US-Wirtschaft hat in den letzten Jahren ein solides Wachstum verzeichnet. Etwas mehr als ein Viertel des globalen Bruttoinlandsproduktes werden in den USA erwirtschaftet. Im Jahr 2023 beträgt das US-Bruttoinlandsprodukt 27,7 Billionen US-Dollar – und die Zeichen stehen auf Wachstum. Die US-Wirtschaft verdankt ihre Power besonders dem privaten Konsum, der für etwa 68 % (Anteil am BIP, 2022) der US-Wirtschaftsleistung verantwortlich ist. Dieser geht jedoch einher mit der Bereitschaft vieler US-Bürger, dafür Kredite und Schulden aufzunehmen.

Die US-Arbeitsmarktdaten für Dezember 2024 zeigten einen Zuwachs von 256.000 Stellen und eine Arbeitslosenquote von 3,8 % (unbereinigt) bzw. rund 4,1 % (saisonbereinigt) – also nahe an der „magischen Grenze“ zur Vollbeschäftigung. Dessen ungeachtet herrscht ein akuter Fachkräftemangel. Die Inflation lag zum Jahreswechsel bei knapp 3 %.

Die neue Regierung im Weißen Haus plant eine grundlegende Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren. Trumps sogenannte „MAGAnomics“-Strategie umfasst folgende Schwerpunkte: Angebotspolitik, Merkantilismus (Zölle) und Abschiebungen. Er will stärker deregulieren und Steuern senken. Ebenso plant er massive Steuergeschenke für Unternehmen sowie eine aggressive Expansion der heimischen Öl- und Gasproduktion – er will „die heimische Energie-domianz entfesseln“.

Trump vollzieht somit eine harte politische Kehrtwende. Er beschloss bereits unter anderem den Rückzug der Vereinigten

Staaten aus dem Pariser Klimaabkommen sowie aus der Weltgesundheitsorganisation. Ferner hatte er Anfang Februar zunächst drastische Zölle für Einfuhren aus Kanada und Mexiko in Höhe von 25 % – für kanadisches Öl wären es 10 % gewesen – sowie 10 % für Güter aus China verhängt, welche die wichtigsten Abnehmerländer der USA sowie deren Hauptlieferländer sind. Tatsächlich einigten sich Kanada und Mexiko in Telefonaten mit Trump in letzter Sekunde darauf, die Einführung von Zöllen zunächst um einen Monat auszusetzen. Der US-Präsident forderte jeweils einen stärkeren Kampf gegen illegale Migration und Drogenhandel in Richtung USA.

Dos and Dont's USA

- ▶ Anders als in Europa ist es in den USA völlig normal, dass sich Kollegen und Vorgesetzte stets nur mit dem Vornamen anreden. Dies sollte aber keineswegs damit gleichgesetzt werden, dass nun jeder mit einem Freundschaft schließen möchte. Es ist lediglich eine freundliche Geste. Ansonsten gelten hier genau die gleichen Regeln wie beim deutschen Verhältnis zwischen Chef und Angestellten.
- ▶ Wer in einem Unternehmen Erfolg haben möchte, der sollte zum einen wissen, was für ihn wichtig ist und schnell auf den Punkt kommen, aber zum anderen auch sein Gegenüber mit demselben Respekt behandeln, wie er es selbst gerne hätte. Auch bei einem Meeting sollte man auf gewisse Regeln achten. So gilt eine gute Vorbereitung und ein genaues Ziel als beste Basis. Darüber hinaus sollte man anfänglich ruhig einen kleinen Small Talk wagen, um herauszufinden, ob der Geschäftspartner Zeit und Lust dazu hat oder lieber gleich zum Thema kommt.
- ▶ Ein Netzwerk aus vielen Kontakten, sei es bei privaten oder geschäftlichen Veranstaltungen, ist gerade in der heutigen Zeit das A und O für die amerikanische Geschäftswelt. Nichts kann wichtiger sein, als ein gewisses Maß seiner Arbeitszeit auch der Pflege von Kontakten zu widmen.

Natürlich würden die betroffenen Staaten im Fall des Inkrafttretens von Zöllen wohl auch mit Gegenzöllen reagieren. Trump scheut folglich nicht den Handelskonflikt und zeigt, dass er wenig von multilateralen Lösungen hält. Seine Zölle sind ein Damoklesschwert, was die transatlantischen Beziehungen betrifft, und drücken bereits die deutsche Exportstimmung. Trumps Wirtschaftspläne sind in den Augen vieler Experten riskant. Mit seiner

Angebotspolitik öffnet er zwar Märkte, mit seiner Handels- und Migrationspolitik schließt er sie jedoch wieder. Einerseits könnten das Senken des Unternehmenssteuersatzes und die Zölle auf ausländische Güter die US-Wirtschaft kurzfristig ankurbeln. Andererseits könnten aber gerade die Abschiebungen für einen Arbeits- und Fachkräftemangel sowie für Lohn- und Preissteigerungen im ganzen Land sorgen, was wiederum einen Anstieg der Inflation zur Folge hätte (Trump's Achillesferse). Das Haushaltsdefizit würde sich vergrößern, wodurch wiederum die Verschuldung des Landes zunehmen könnte. Die Ratingagentur Standard & Poor's bewertet die Kreditwürdigkeit der USA aktuell noch mit der Note „AA+“. Diese könnte sich langfristig verschlechtern.

Die Leidtragenden von Trumps Politik sind mitunter die großen Konjunkturprogramme von Joe Biden: der „Infrastructure Investment and Jobs Act“ (IIJA), der „Inflation Reduction Act“ (IRA) und der „Chips and Science Act“. Ferner sind auch das Bildungsministerium, die Gesundheits-

sicherung für Arme, Sozialhilfen sowie Studenten-Kredite von einer Kürzung bedroht. Gelingt es Trump, zumindest Teile des IRA abzuschaffen, verunsichert dies Investoren im Greentech-Sektor noch zusätzlich. Das gilt auch für die Elektromobilitätssparte. Doch profitieren republikanisch geführte Bundesstaaten überdurchschnittlich von den Subventionen des IRA – so auch die US-Autolobby.

Wenngleich Trump versuchen wird, sämtliche Klimaschutzbemühungen der Vorgänger-Regierung zurückzufahren, wird die Dekarbonisierung der Wirtschaft unter seiner Präsidentschaft weitergehen – jedoch wohl viel langsamer als bisher.

Außenhandel mit Deutschland und der Welt

Die USA sind aktuell der wichtigste Handelspartner Deutschlands – noch vor China. Die Bedeutung der USA für den deutschen Außenhandel hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Im Jahr 2023 gingen 9,9 % der deutschen Exporte in die USA, der höchste Anteil der letzten 20 Jahre. Im selben Jahr erzielte Deutschland einen Rekord-Exportüberschuss von 63,3 Milliarden Euro im US-Handel. Die Einfuhren von „Made in Germany“ stiegen 2023 um 9 % auf fast 160 Milliarden US-Dollar (laut U.S. International Trade Commission).

In erster Linie werden in großem Umfang Produkte der Automobilindustrie, des Maschinenbaus sowie chemische und pharmazeutische Produkte in beide Richtungen gehandelt. Die wichtigsten Güter bei den Exporten aus Deutschland in die

USA waren im Jahr 2023 Kraftwagen und Kraftwagenteile (21 %) sowie Maschinenbauerzeugnisse (19 %). Insgesamt wurden deutsche Güter im Wert von rund 158 Milliarden Euro exportiert. Für 2023 betrug der Wert des Warenaustauschs zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten 252,5 Milliarden Euro.

Da die Vereinigten Staaten der wichtigste Markt für deutsche Exporte sind, sind Zölle gegen die EU ein herber Schlag für Deutschland. Die USA entwickeln sich durch Trumps Pläne international weg vom Universalismus – weg vom liberaldemokratischen Westen unter US-Führung – hin zu einer neuen geopolitischen Großraumordnung, welche das Ende der alten „Pax Americana“ besiegelt. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund, dass Trump immer wieder seine Drohungen bekräftigt, man wolle die Kontrolle über den Panamakanal und über das als autonomes Gebiet zu Dänemark gehörende, rohstoffreiche Grönland erlangen.

Aussichten

Die Vereinigten Staaten fußen ursprünglich auf einer libertären Gesellschaftsordnung. Heute jedoch nehme in Ame-

Hauptimportgüter aus den USA (in Prozent der Gesamteinfuhr 2023)

Elektronik	12,3
Kfz und -Teile	11,8
Chemische Erzeugnisse	11,6
Maschinen	10,1
Elektrotechnik	6,8

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

rika eine Oligarchie Gestalt an, so Biden in seiner letzten Rede als US-Präsident. Denn sein Nachfolger Donald Trump und die milliardenschwere Tech-Elite planen einen radikalen Umbau seines Landes. Aufgrund der Unsicherheiten, die von der neuen Regierung ausgehen, erwarten Wirtschaftsexperten eine höhere Volatilität im Jahr 2025. Ungeplante oder unvorsichtige Handlungen Trumps können mitunter zu sensiblen Reaktionen auf dem Kapitalmarkt führen. Das Investitionsklima in den USA wird also zunehmend komplexer. Und sicher ist: Wer in ein Land unter Trump investieren will, muss um Einfluss kämpfen, um sicherzustellen, dass eigene Interessen wahrgenommen werden.

Eckdaten für den Export nach USA

Bevölkerung:
345 Millionen

Hauptstadt:
Washington

Währungseinheit:
1 US-Dollar = 100 Cents
ISO-Code: USD

Wichtige Feiertage:
26. Mai Memorial Day
04. Juli Unabhängigkeitstag
01. September Tag der Arbeit (Labor Day)
11. November Veterans Day
27. November Thanksgiving

Zollflughäfen:
Atlanta, Boston, Chicago, Detroit, Los Angeles, Miami, New York, San Francisco u.a.

Wichtige Seehäfen:
Houston, New Orleans, New York, Tampa, Texas City, Long Beach, Los Angeles, Philadelphia, San Francisco, Seattle u.a.

Korrespondenzsprachen:
Englisch

Zolltarif (für Nicht-EU-Waren):
Harmonisiertes System, Verzollung nach dem FOB-Transaktionswert.

Zahlungsbedingungen und Angebote:
Bevorzugt wird „Kasse gegen Dokumente“ oder 30 bis 90 Tage Sichttratte gegen Dokumente. Weniger üblich ist die Eröffnung eines Akkreditivs. Gegen Rechnung soll laut Experten nur an gut bekannte Unternehmen geliefert werden.

Euler Hermes Länder-Klassifizierung:
./.
Hinweis: Bei mit ./ markierten Ländern handelt es sich um die von der OECD hinsichtlich des Risikos nicht klassifizierten Hocheinkommensländer der OECD und der Eurozone. Es gibt keine OECD-weit gültige Entgeltkategorie. Die Entgeltberechnung erfolgt anhand eines Markttests.

Auszug aus den „Konsults- und Mustervorschriften“.

Nützliche Adressen

Deutsche Botschaft Washington, D.C.

4645 Reservoir Road NW
Washington, D.C. 20007 | USA
Tel.: +1 202-298-4000
info@washington.diplo.de
<https://www.washington.diplo.de>

US-Botschaft Berlin (Konsulat)

Clayallee 170
14195 Berlin
Tel.: +49 (0) 30-8305-0
ACSBerlin@state.gov
<https://de.usembassy.gov/de>

Deutsch-Amerikanische Handelskammern

80 Pine Street, 24th Floor
New York, NY 10005 | USA
Tel.: +1 212-974-8830
info@gaccny.com
<https://www.gaccny.com>

Aktuelle Länderinformation und einen Euro-Umrechner finden Sie in der App „VR International“, die Sie kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen können.

„Zick-Zack-Kurs schlägt auf die Stimmung“

Die Vereinigten Staaten sind zum wichtigsten Handelspartner Deutschlands geworden. Mit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten ist der amerikanische Markt zwar nach wie vor interessant. Der Handel wird aber zunehmend von Unsicherheiten begleitet. Erste Erfahrungen schildert Matthias Amberg, der für die Steuerberatungs- und Prüfungsgesellschaft Rödl & Partner seit 20 Jahren in den USA mit Sitz in Chicago arbeitet, in unserem Interview.

VR International: Herr Amberg, wie ist im Moment die Stimmung bei den deutschen Unternehmen in den USA?

Matthias Amberg: Die Stimmung ist ambivalent. Zum einen gibt es Bedenken in Bezug auf den von Donald Trump verfolgten Protektionismus. Andererseits ist der US-Markt für deutsche Unternehmen nach wie vor strategisch von hoher Bedeutung. Problematisch ist die aktuelle Unsicherheit: es werden Zölle angekündigt, es wird gedroht – und dann werden Zölle wieder zurückgenommen. Und jeden Tag wartet man darauf, ob wieder etwas Neues vom US-Präsidenten angekündigt wird. Dieser Zick-Zack-Kurs schlägt auf die Stimmung. Hinzu kommt, dass niemand weiß, ob es zu einem Handelskonflikt kommt und wie sich dann die Lieferketten verändern. Eine zusätzliche Zollerhöhung von zehn Prozent auf chinesische Waren hat noch keine unmittelbare Auswirkung auf die Lieferketten. Bleibt es aber bei einem Zollsatz von 25 Prozent auf Stahl und Aluminium rechne ich mit einem verstärkten „local sourcing“ – das ist ja auch genau das, was Donald Trump will. Das alles beschäftigt die Unternehmen sehr und wird sie wohl auch in nächster Zeit beschäftigen.

VR International: Wie sollte Deutschland bzw. Europa auf die Zollfantasien des US-Präsidenten reagieren?

Matthias Amberg: Das größte Problem sehe ich gar nicht in den Zöllen, sondern in den von Donald Trump angestrebten bilateralen Verträgen. Trump ist weniger an Verhandlungen mit der EU, sondern vielmehr an Verhandlungen und individuellen Vereinbarungen mit einzelnen Staaten interessiert. Das ist eine große Gefahr für die Europäische Union. Schafft sie es nicht, einheitlich aufzutreten und versucht jedes einzelne EU-Land, das Beste für sich herauszuholen, hat Donald Trump leichtes Spiel. Denn ein einzelnes Land wie Deutschland oder auch Frankreich kann einer Weltmacht wie den USA nicht die Stirn bieten.

VR International: Hat sich das Interesse an den USA verändert?

Matthias Amberg: Überraschenderweise nicht. Als Donald Trump zum ersten Mal Präsident wurde, stoppten die Investments hier in den USA. Die Unternehmen haben mehrere Monate abgewartet, wo die Reise hingehet. Mit dieser Reaktion hatte ich jetzt erneut gerechnet. Es ist aber nicht so gekommen. Nach wie vor erhalte ich jede Woche mehrere Anfragen von deutschen Unternehmen, die sich für den Standort USA interessieren. Das sind nicht nur Unternehmen, die eine Produktion in den USA planen – viele Unternehmen sind an einem Vertrieb interessiert. Die USA sind für deutsche Unternehmen immer noch ein extrem wichtiger Markt und sie haben nach wie vor Vertrauen in die hiesige Geschäftswelt.

VR International: Was raten Sie im Moment Exportunternehmen?

Matthias Amberg: Fakt ist: wir wissen heute nicht, was morgen passiert. Dennoch sollten sich Unternehmen nicht von ihrer aktuellen Strategie zurückwerfen lassen. Der US-Markt ist nach wie vor attraktiv und oft werden hier bessere Preise erzielt als in Europa. Zudem ist ein US-Investment ja üblicherweise langfristig ausgelegt. Ich gehe auch davon aus, dass gerade für Unternehmen die in den USA produzieren, sich die Steuerlast noch senken wird.

VR International: Eine geringere Steuerlast, geringere Energiekosten und dann auch noch Zölle: besteht die Gefahr, dass Unternehmen Deutschland den Rücken kehren und ihr Unternehmen in die USA verlagern?

Matthias Amberg: Das denke ich nicht. Aber ich rechne damit, dass Unternehmen mehr Teile ihrer Produktion in die USA verlagern oder die Produktion hier vor Ort weiter ausweiten werden. Ganz unabhängig von der Politik des US-Präsidenten: Wollen Unternehmen in den USA erfolgreich sein, müssen sie hier

Interview mit ...

Matthias Amberg
Partner der Steuerberatungs- und Prüfungsgesellschaft Rödl & Partner und Präsident der deutschen Auslands-handelskammern in den USA.



matthias.amberg@roedlusa.com

auch dauerhaft präsent sein. Der Grund ist ganz einfach: Amerikaner machen lieber Geschäfte mit einem inländischen als mit einem ausländischen Unternehmen und wollen ein Commitment sehen.

VR International: Welchen Ruf haben deutsche Unternehmen in den USA?

Matthias Amberg: „Made in Germany“ hat nach wie vor einen guten Ruf. Allerdings sehe ich einen Trend, der von „Made in Germany“ hingehet zu „Engineered in Germany – Made in USA“. Dabei sind deutsche Produkte oftmals „overengineered“ – das sehe ich in der Praxis öfters.

VR International: „Overengineered“?

Matthias Amberg: Ich nenne Ihnen ein einfaches Beispiel. Ein Amerikaner braucht eine Maschine, die ein Produkt herstellt. Die deutsche Maschine kann aber drei Produkte herstellen. Überschwänglich erklärt der deutsche Vertriebsmitarbeiter die vielen Funktionen, die der Amerikaner aber gar nicht braucht – und schießt damit über das Ziel hinaus. Der Auftrag scheitert. Der amerikanische Vertriebsmitarbeiter redet dagegen zuerst ausführlich über Football – Small Talk ist in den USA extrem wichtig – und erklärt dann dem Kunden, das seine Maschine genau das kann, was er braucht und wie gut sie das kann. Mit anderen Worten: Hier vor Ort braucht man amerikanische Verkäufer, die über das College und Sport reden können und wissen, was der amerikanische Kunden hören will.

Lateinamerika hat, was Europa braucht

Als Ende des vergangenen Jahres das sogenannte Mercosur-Abkommen unterzeichnet wurde, wuchs die Hoffnung auf einen gigantischen Absatzmarkt mit mehr als 700 Millionen Menschen. Doch Lateinamerika ist noch aus einem anderen Grund von enormer Bedeutung für die deutsche und die europäische Wirtschaft insgesamt: es ist eine der wichtigsten Bergbauregionen der Welt und verfügt über Rohstoffe, auf die nicht nur Deutschland dringend angewiesen ist.

Allem voran Lithium, das in Batterien, Elektroautos und Smartphones steckt (unser Foto zeigt ein Lithium-Feld in Nordargentinien). Allein im sogenannten „Lithium-Dreieck“ von Argentinien, Bolivien und Chile werden mehr als die Hälfte der weltweiten Vorkommens des Leichtmetalls – insgesamt fast 100 Millionen Tonnen – vermutet. Auch in Peru wurde vor einigen Jahren ein großes Lithiumvorkommen entdeckt. Lateinamerika entwickelt sich damit neben Kanada und Australien zu einem entscheidenden Hotspot für die Lithiumproduktion in den kommenden Jahrzehnten.

Bei vielen Vorkommen liegt der Subkontinent auf den vorderen Rängen. Neben Lithium gehören dazu auch Kupfer und Silber. Interessant sind aber auch die Vorkommen an Blei, Eisen, Gold, Graphit, Molybdän, Zink und Zinn. Erschlossen und erfasst ist aber bei weitem noch längst nicht alles.

Brasilien will die geophysikalische Erkundung seiner Böden auf kritische Rohstoffe vorantreiben, da erst 50 Prozent des Landes untersucht sind. Und Bolivien steht bei der Erschließung seiner lithiumhaltigen Salzseen erst am Start. Dafür wurden Ende des vergangenen Jahres Vereinbarungen mit drei westlichen Firmen geschlossen, zu denen die deutsch-australische EAU Lithium gehört. Noch viel weniger erforscht sind die unzähligen Abraumhalden.

Der Wettlauf um kritische Rohstoffe läuft auf vollen Touren

Peru arbeitet mit Unterstützung der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) daran, 47 Abraumhalden sowohl auf Umweltgefahren als auch nach ihrem Wiederaufbereitungspotenzial zu katalogisieren. „Es kann durchaus einfacher und preiswerter sein, Wertstoffe aus Halden zu gewinnen, als eine neue Mine zu eröffnen“, erklärt Iris Wunderlich, Leiterin des Kompetenzzentrums Bergbau der AHK Chile.

Der Wettlauf um die für den grünen Wandel zentralen Rohstoffe ist in vollem Gange. Nicht nur hochrangige Politiker und CEOs geben sich zwischen Tijuana und Feuerland die Klinke in die Hand. Auch ausländische Investoren haben das Potenzial in Lateinamerika im Blick.

So vereinbarte zum Beispiel der Hamburger Metallkonzern Aurubis mit dem chilenischen Konzern Codelco, dem

größten Kupferproduzenten der Welt, eine Absichtserklärung für eine engere Zusammenarbeit. Dabei soll es darum gehen, für mehr Nachhaltigkeit beim Bergbau, der Verarbeitung und dem Recycling zu sorgen.

„Diese Partnerschaft ist in der Kupferbranche ein Novum und gleichzeitig eine Einladung an alle Lieferketten-Akteure, sich anzuschließen“, sagte Roland Harings, Vorstandsvorsitzender von Aurubis. Mit Nachhaltigkeit wollen vor allem die europäischen Unternehmen im lateinamerikanischen Bergbau punkten und sich damit von der chinesischen Dominanz in der Region absetzen. Denn bisher wurden viele Länder Lateinamerikas von der EU vernachlässigt – eine Lücke, die China, Russland und auch Indien gefüllt haben.

Vorreiter beim Thema Nachhaltigkeit ist Chile. Die Bergbaubehörde Sernageomin untersucht gerade die mit dem Bergbau verbundenen Folgen des Klimawandels. Auch große Bergbaufirmen extrapolieren bereits die Zunahme von Extremwetterlagen wie Starkregen auf die kommenden Jahrhunderte, um ihre Operationsrisiken zu minimieren.

Deutschland, so erklärt die AHK-Expertin Wunderlich, sei in Chile ein gern gesehener Partner, da es den Ruf habe, nicht nur Technologien verkaufen zu wollen, sondern an diesen auch auszubilden. „Deutschland ist ein nachhaltiger Partner vor Ort – und somit Wunschpartner von Chile.“



Andersherum sei Chile ein guter Partner für Deutschland, weil es im Vergleich zu anderen Ländern in Südamerika als politisch stabil und darüber hinaus als eine der offensten Volkswirtschaften der Welt gilt.

Auch in anderen Ländern könnte das für deutsche Unternehmen eine Chance sein. Denn Bergbau ist in Lateinamerika in Verfall geraten: In Mexiko, Panama oder auch El Salvador wurden Auflagen verschärft oder Minen geschlossen. Inzwischen dreht sich der Wind ein wenig. El Salvador, das 2017 das erste Land der Welt war, das jegliche Form des Metallabbaus verbot, kippte dies Ende des vergangenen Jahres gegen den Widerstand von Umweltgruppen.

In Mexiko hat die neue Präsidentin Claudia Sheinbaum angekündigt, den Gesetzesentwurf zum Verbot des Tagebaus zu prüfen und „nationale Entwicklungsziele mit ökologischer Nachhaltigkeit in Einklang“ zu bringen.

Mehr Sorgfaltspflichten

Umweltauswirkungen und soziale Aspekte gewinnen an Bedeutung: Druck kommt von Seiten der Öffentlichkeit, der lokalen Bevölkerung und auch von den Kunden. Sie fordern zunehmend Zertifizierungen wie IRMA (Initiative for Responsible Mining Assurance) oder Copper Mark (ein Siegel für Nachhaltigkeit und Integrität in der Kupferindustrie), um sich gegenüber den eigenen Kunden und der Öffentlichkeit abzusichern. Verstärkt wird der Trend zu mehr Nachhaltigkeit durch das deutsche, bzw. europäische Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz.

Rohstoffpotenzial am Beispiel einiger Länder:

Argentinien

Bisher: Elftgrößter Silberproduzent (910 Tonnen)

Potenzial: Vorkommen an Kupfer, Lithium, Blei, Zink, Zinn, Eisenerz, Mangan, Uran. Weltweit neuntgrößte Molybdänreserven (rund 100.000 Tonnen) und elftgrößte Silberreserven (6.500 Tonnen)

Bolivien

Bisher: weltweit siebtgrößter Zinkproduzent (0,5 Mio. Tonnen), siebtgrößter Silberproduzent (1.200 Tonnen) und sechstgrößter Zinnproduzent (18.000 Tonnen)

Potenzial: Sechstgrößte Zinnreserven (400.000 Tonnen) und neuntgrößte Silberreserven (22.000 Tonnen)

Brasilien

Bisher: Zweitgrößter Eisenerzproduzent (440 Mio. Tonnen), viertgrößter Bauxitproduzent (31 Mio. Tonnen), siebtgrößter Zinnproduzent (18.000 Tonnen) und achtgrößter Nickelproduzent (89.000 Tonnen)

Potenzial: Weltweit zweitgrößte Eisenerzreserven (15 Mrd. Tonnen Eisengehalt/34 Mrd. Tonnen Eisenerz), drittgrößte Nickelreserven (16 Mio. Tonnen), viertgrößte Bauxit- (2,7 Mrd. Tonnen) und fünftgrößte Zinnreserven (420.000 Tonnen) sowie siebtgrößte Goldreserven (2.400 Tonnen)

Chile

Bisher: Weltgrößter Kupferproduzent (5,0 Mio. Tonnen) mit der weltgrößten Kupfermine Escondida. Zudem befinden sich drei der zehn größten Kupferminen in Chile, daneben Vorkommen von Molybdän (46.000 Tonnen), Gold, Silber, Eisenerz, Rhenium, Selen oder auch Tellur.

Potenzial: Weltweit größte Kupferreserven (190 Mio. Tonnen), viertgrößte Molybdänreserven (1,4 Mio. Tonnen) und siebtgrößte Silberreserven (26.000 Tonnen)

Quelle: U.S. Geological Survey

Im Mai 2024 ist das europäische Gesetz zu kritischen Rohstoffen in Kraft getreten. Ziel ist eine Stärkung der EU-Lieferketten mit strategischen Rohstoffen. Gefördert werden können strategische Projekte, die einen bedeutenden Beitrag zur Sicherung der Versorgung der EU mit strategischen Rohstoffen bis 2030 leisten und ökologisch wie sozial nachhaltig umgesetzt werden. Das betrifft auch Projekte in Schwellen- oder Entwicklungsländern, wenn diese in dem Land einen Mehrwert schaffen.

Rohstofffonds der KfW:

Über den im vergangenen Jahr aufgelegten KfW-Rohstofffonds werden Projekte im In- und Ausland gefördert, die einen Beitrag zur Rohstoffversorgungssicherheit leisten und der Gewinnung, Verarbeitung und dem Recycling von kritischen Rohstoffen dienen. Die KfW dient als zentraler Ansprechpartner für den Rohstofffonds.

www.kfw.de/Rohstofffonds



Digitale Plattform „VR International“: Mehrwert für Ihre internationalen Geschäfte

Die App „VR International“, die das monatlich erscheinende Fachmagazin ergänzt, können Sie sich kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen.



IMPRESSUM

Herausgeber: DG Nexolution eG
Redaktion: MBI Martin Brückner Inforsource GmbH & Co. KG
Rudolfstr. 22-24, 60327 Frankfurt am Main
Objektleitung: Andreas Köller, DG Nexolution eG, E-Mail: andreas.koeller@dg-nexolution.de
Verlag: DG Nexolution eG
Vertreten durch den Vorstand: Marco Rummer (Vorsitzender),
Dr. Sandro Reinhardt, Florian P. Schultz
Leipziger Str. 35, 65191 Wiesbaden

Druck und Versand: Görres-Druckerei und Verlag GmbH, Niederbieberer Str. 124, 56567 Neuwied
Bildnachweis: Shutterstock, Wuersch & Gering LLP, Rödl & Partner, Neussel KPA
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der DG Nexolution eG zulässig.
ISSN 2195-206X
VR International erscheint monatlich und ist bei Volksbanken und Raiffeisenbanken erhältlich.
Redaktionsschluss ist jeweils vier Wochen vor Erscheinungstermin.
Für die Richtigkeit und Vollständigkeit keine Gewähr.